

DIE LINKE.

Wahlzeitung zur Bundestagswahl am 24. September 2017 • Ausgabe Brandenburg • www.die-linke.de

Frieden

**Abrüsten!
Waffenexporte
stoppen**

DIE LINKE will Militärausgaben senken und in Schulen und Kitas investieren. **Seite 4**

Mehr im Geldbeutel

Niedrigere Steuern auf kleine und mittlere Einkommen, mehr Geld für Kinder. **Seite 2**

Bessere Bildung in Brandenburg

Das Land kommt gut voran. Jetzt ist auch der Bund gefragt. **Seite 5**

Mindestlohn auf 12 Euro anheben

Damit niemand trotz Arbeit arm sein muss. **Seite 9**

Rente rauf und mindestens 1.050 Euro

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden, um Altersarmut zu verhindern. **Seite 9**

Kindergeld auf 328 Euro erhöhen

Damit Kinderarmut abnimmt und nicht wächst. **Seite 10**



Für ein soziales Europa

Gregor Gysi kämpft gegen Finanzminister Schäubles Kürzungspolitik. **Seite 4**

Politik darf nicht käuflich sein

Unternehmensspenden an Parteien müssen verboten werden. **Seite 11**

Superreiche zur Kasse

Nur DIE LINKE hat den Mut, eine Millionärsteuer einzuführen. **Seite 12**

Gute Gewinne sind möglich

LINKES Rätsel mit Preisen für eine bessere Welt **Seite 11**



Interview Seite 3

Das Spitzenduo der LINKEN zur Bundestagswahl: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

Gerechtigkeit ist wählbar!

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Am 24. September ist Bundestagswahl. Sie wird entscheidend für das Land. Wie es hierzulande weitergeht, hängt davon ab, wie stark DIE LINKE wird. Es hängt von Ihrer Stimme ab!

Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden. Dafür treten wir an. Wir akzeptieren nicht, dass Kinder in Armut aufwachsen und gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre steigt. Wir finden uns nicht damit ab, dass fast überall Geld fehlt – in Schulen, Krankenhäusern, beim Wohnungsbau –, die Ausgaben für Rüstung und Krieg jedoch verdoppelt werden sollen.

Viele Menschen fragen sich, ob ihre Rente zum Leben reichen wird. Ob die Arbeit, die Wohnung, die Zukunft sicher sind. Wir wollen gute und sichere Arbeit mit höheren Löhnen statt prekärer Jobs. Das macht das

Leben planbar. Wir wollen, dass die Rente für ein Leben in Würde reicht – für alle. Wir besteuern Millionäre und Milliardäre stärker fürs Gemeinwesen. Dann ist das Geld da: für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen, mehr Personal in Krankenhaus

und Pflege. Und wir schaffen ein festes Netz von sozialer Sicherheit: Wer Kinder erzieht, wer erwerbslos ist, wer Pflege braucht oder krank wird, darf nicht von Armut bedroht sein. Wir wollen Deutschland zum Abrüstungsweltmeister machen und die

Milliarden, die Kanzlerin Merkel in Aufrüstung stecken will, für soziale Gerechtigkeit und für Investitionen einsetzen, die allen zugutekommen.

Wir wollen das Land verändern. Wir wollen es sozialer und gerechter machen! Unsere Pläne sind konkret und bezahlbar. Wir machen Druck, wir bringen Bewegung und Spannung in die Politik. Wir sagen: Die Dinge müssen und dürfen nicht bleiben, wie sie sind. Alle anderen Parteien sind bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Alle anderen stehen Angela Merkel als Koalitionspartner zur Verfügung. Wir nicht! Wir wollen eine soziale und demokratische Wende im Land. Gegen ein Weiter so in der Politik. Dafür braucht es eine starke LINKE. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen und wählen Sie am 24. September DIE LINKE!



LINKER Protest gegen unsichere Jobs



Frieden schaffen ohne Waffen

Die Bundeswehr ist mittlerweile an 17 Auslandseinsätzen beteiligt. Die Rüstungsexporte befinden sich auf einem historischen Höchststand. Aber CDU-Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen will die Bundeswehr weiter massiv aufstocken. Das schafft keinen Frieden. Wir brauchen ein Ende der Rüstungsspirale. Krieg ist für DIE LINKE kein Mittel der Politik! Fakt ist: Die Welt war seit Langem nicht mehr so unsicher wie heute. In Afghanistan und

im Irak geht das Blutvergießen weiter. In Syrien und der gesamten Mittelmeerregion sind Millionen von Menschen auf der Flucht vor Bomben, Terror und Hunger. Mit dem Bürgerkrieg in der Ukraine gibt es auch an der Grenze der Europäischen Union wieder Krieg. Statt für Frieden und Sicherheit zu sorgen, heizen NATO und Bundesregierung die Konfliktherde weiter an. Das Säbelrasseln zwischen den ehemaligen Blöcken des Kalten Kriegs muss aufhören.

Stattdessen bedarf es eines ernsthaften Dialogs zwischen allen Beteiligten. DIE LINKE will alle im Auslandseinsatz befindlichen Bundeswehrsoldaten zurückholen. Wir wollen das Ende der Stationierung von Atomwaffen in Deutschland und weltweite Abrüstungsgespräche. Das Geschäft mit dem Tod muss beendet werden: Stopp aller Rüstungsexporte. Um den Terror zu bekämpfen, muss dessen Finanzierung konsequent ausgetrocknet werden.



Katja Kipping und Bernd Riexinger

Liebe Wählerinnen und Wähler,

DIE LINKE ist die erste Adresse für soziale Gerechtigkeit – und zwar für alle. Wir laden Sie dazu ein, sich unser Programm in Ruhe anzuschauen und sich selbst eine Meinung zu bilden. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Kitaausbau, für gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege, für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz. Für uns steht die Forderung der Krankenpflegerin nach mehr Personal und höherem Lohn ebenso im Mittelpunkt wie der Schutz von Kindern und Rentnerinnen und Rentnern vor Armut. Das Recht auf Asyl ist für uns so unumstößlich wie das Recht auf gute Bildung und einen Ausbildungsplatz für unsere Kinder. Frauen müssen für gleichwertige Arbeit endlich den gleichen Lohn bekommen. Junge Menschen wollen Zukunftsperspektiven statt Dauerstress und Konkurrenzdruck: Wir treten für sichere und selbstbestimmtere Arbeit ein – für alle. Es ist gerecht für alle, wenn die Reichen endlich ihren Beitrag leisten. Eine Vermögensteuer für Superreiche wieder einzuführen – das traut sich (leider) nur DIE LINKE. Sozial gerecht für alle – das heißt auch: höhere Löhne und weniger Steuern für die Mehrheit. Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle, die hier leben, und für die, die zu uns kommen. Denn: Sozial gerecht für alle gilt für uns ohne Ausnahme. Alle Menschen in unserem Land sollen sich dort, wo sie leben, auch wirklich sicher fühlen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und gerechter das Land.

Katja Kipping und Bernd Riexinger sind Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Die Zukunft, für die wir kämpfen

So würden Sie vom Programm der LINKEN profitieren

Familien soll die Bildung und Betreuung der Kinder nichts kosten. Das Elterngeld muss verbessert werden. Wir wollen gebührenfreie Kitas mit mehr Personal und kostenfreiem Essen für alle Mädchen und Jungen. In Bus und Bahn müssen Kinder freie Fahrt haben. Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben, Beruf, Familie und Freizeit besser unter einen Hut zu bekommen – mit flexiblen Arbeitszeiten von um die 30 Stunden pro Woche. Zudem soll das Kindergeld auf 328 Euro steigen. Langfristig setzt sich DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder von 573 Euro ein.

Alleinerziehende tragen eine immense Belastung. Für sie ist der Ausbau öffentlicher Angebote, etwa zur Ganztagsbetreuung, besonders wichtig. Viele werden in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs und damit in Altersarmut abgedrängt. DIE LINKE fordert soziale Absicherung: Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.

Erwerbstätige sollen zu guten Bedingungen arbeiten. Die Gewerkschaften sollen stärker werden, damit mehr Menschen einen tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsvertrag bekommen und die Löhne steigen. Der Mindestlohn soll auf 12 Euro steigen. Wer arbeitet, soll nicht auf Aufstockerleistungen vom Jobcenter angewiesen sein. Mit dem Steuerkonzept der LINKEN wird entlastet, wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient.

Erwerbslose brauchen Unterstützung statt Gängelung, zum Beispiel einen Rechtsan-

spruch auf Weiterqualifizierung. Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. DIE LINKE will Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzen – ohne Sanktionen. DIE LINKE will 300 000 sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete schaffen. Ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr und die soziale BahnCard sollen zudem sicherstellen, dass auch Menschen ohne viel Geld mobil sind.

Mieterinnen und Mieter sollen mehr Rechte haben. Die Kündigung wegen Eigenbedarfs soll schwerer gemacht werden. DIE LINKE will Spekulation mit Wohn-

raum beenden, bestehende Mieten einfrieren und Immobilienfonds die Zulassung entziehen. Die Mietsteigerungen werden endlich wirksam gestoppt, Mieten in Stadtteilen mit besonders hohen Wohnkosten werden eingefroren oder auf 8,50 Euro gesenkt. Jährlich sollen 250 000 neue Sozialwohnungen hinzukommen und dauerhaft bleiben. Die Sozialbindung soll künftig ohne Befristung wirksam sein.

Rentnerinnen und Rentner hätten mit dem Konzept der LINKEN im Schnitt 130 Euro mehr im Monat. DIE LINKE ist die einzige unter den großen Parteien, die das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben will. Jede und jeder soll mit 65 abschlagsfrei in den Ruhe-

stand gehen können. Niedrige Einkommen sollen bei der Rentenberechnung aufgewertet werden. Für alle, die wenig haben, soll eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro den Lebensstandard im Alter sichern. Die Rentenangleichung Ost-West soll sofort und ohne Ausnahmen vollzogen werden. Riester-Verträge müssen in die gesetzliche Rente überführt werden.

Pflegekräfte sollen entlastet und endlich gerecht entlohnt werden. DIE LINKE will mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege und in den Kliniken. Insgesamt 160 000 neue Stellen sollen in Krankenhäusern geschaffen werden. Gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung müssen eingeführt werden. Davon haben auch **Patientinnen und Patienten** etwas. DIE LINKE fordert eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. So ist genug Geld da für zusätzliches Personal und eine gute Ausstattung der Krankenhäuser. Alle werden gleich gut behandelt. Medikamente, Brillen und Zahnersatz sollen zuzahlungsfrei sein.

Studierende sollen ohne finanzielle Sorgen lernen können. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab. Ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro netto für alle soll das bisherige System ersetzen. Der Bund soll Hochschulen finanzieren dürfen, damit die Studienbedingungen besser werden.

Michael Breyer



Das komplette Wahlprogramm im Internet: www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm

Den Alltag besser machen. Heute und morgen

Mehr Personal in Bildung und Gesundheit, neue Sozialwohnungen, besserer Nahverkehr

An vielen Ecken knirscht es im Alltag: Kinderbetreuung ist knapp, Schulen sind marode, bezahlbare Wohnungen sind rar. Büchereien, Schwimmbäder, Theater schließen. Öffentliche Angebote werden an private Unternehmen gegeben, die Profit machen. Das bedeutet: hohe Gebühren und Eintrittspreise. Wer sich die nicht leisten kann, bleibt außen vor. **DIE LINKE wird nachholen, was die Regierungen in den vergangenen Jahren versäumt haben:** Ein Programm für die Zukunft, das öffentlich – von

Bund, Ländern und Kommunen – getragen und ausreichend finanziert ist. In die Zukunft investieren bedeutet: mehr Kitaplätze und mehr Erzieherinnen und Erzieher – mit besserer Bezahlung. Schulen werden renoviert, die Klassen werden kleiner und die Betreuungszeiten länger – durch mehr pädagogisches Personal. In der Altenpflege entstehen mehr Arbeitsplätze und bessere Heime. Jedes Jahr werden mindestens 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen. In die Zukunft investieren bedeu-

tet: mehr Busse und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr – barrierefrei, sichere Straßen und mehr Radwege. Gemeinden und Kommunen bekommen mehr Mittel und mehr Personal, sodass sie wieder bürgernah funktionieren. Schwimmbäder, Kultur- und Sporteinrichtungen werden besser finanziert. Überall wird schnelles Internet verfügbar sein. DIE LINKE investiert in saubere Energie und macht die Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung rückgängig. Im Alltag wird zu spüren sein:

Das Leben funktioniert einfacher. **Das Programm der LINKEN ist durchgerechnet und finanzierbar.** 120 Milliarden Euro kostet es, die Bundesrepublik zu einem modernen Staat mit guten Angeboten umzubauen – für alle Menschen, die hier leben. 60 Milliarden Euro werden durch gerechte Steuern von Superreichen und Konzernen finanziert. Weil das Programm Hunderttausende Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft stärkt, fließen 60 Milliarden Euro durch höhere Einnahmen an den Staat zurück.

DIE LINKE will
 ■ 120 Milliarden in öffentliche Infrastruktur stecken
 ■ Arbeitsplätze vor allem in Bildung, Gesundheit, Pflege und Bauwirtschaft schaffen
 ■ mehr bezahlbaren Wohnraum und damit die Mieten für alle senken
 ■ Wirtschaft und Energieversorgung ökologisch und sozial vertraglich umbauen.

»Wir legen uns mit den Mächtigen an«

Wie DIE LINKE den Sozialstaat wiederherstellen will und wie eine friedliche Außenpolitik das Land sicherer macht, darüber sprechen Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, das Spitzenduo der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl

Für wen lohnt es sich, am 24. September DIE LINKE zu wählen?

Sahra Wagenknecht: Es lohnt sich für alle – außer vielleicht für das eine Prozent Superreiche. Wenn sich unsere Forderungen durchsetzen, würde es der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich besser gehen als heute.

Aber es heißt doch immer, den Deutschen gehe es unter Angela Merkel so gut wie nie zuvor?

Wagenknecht: In unserem Land sind 2,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht, jeder fünfte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor und 6,5 Millionen Menschen sind im Hartz-IV-System gefangen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Angst vor sozialem Abstieg so weit verbreitet wie heute.

Dietmar Bartsch: Wenn zwei Millionen Kinder von Armut bedroht sind, wenn alte Menschen im Müll nach Flaschen suchen müssen und Arbeit nicht mehr vor Armut schützt, zugleich aber der private Reichtum einiger weniger rasant wächst, dann stimmt etwas Grundlegendes in unserer Gesellschaft nicht. Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

Worin besteht dieser?

Bartsch: Der Sozialstaat muss wiederhergestellt werden und die Balance in der Gesellschaft muss wieder stimmen.

Wie kann das gelingen?

Wagenknecht: Indem man sich mit den Mächtigen und Reichen anlegt, statt sich von ihnen kaufen zu lassen. Ohne eine gerechte Besteuerung der Konzerne und riesiger Vermögen ist eine Wiederherstellung des Sozialstaats unmöglich. Deswegen will DIE LINKE eine Vermögenssteuer



Kämpfen für einen Politikwechsel in Deutschland: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch vor dem Reichstag in Berlin.

für Multimillionäre. Und den Steuersparmodellen der Konzerne muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Da liegt das Geld, das wir brauchen, um Armut zu verhindern und es in gute Bildung, Gesundheit, Pflege und in den Wohnungsbau zu investieren. Leider hat nur DIE LINKE diesen Mut. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm auf eine Vermögenssteuer verzichtet. Kein Wunder, sie will ja auch lieber mit der FDP regieren.

Bartsch: Zudem müssen die Sozialversicherungssysteme, die den Kern des Sozialstaats ausmachen, wieder gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen und Vermögende wegdrücken dürfen, wenn es um deren Finanzierung geht. Deswegen will DIE LINKE die gesetzliche Rente stärken, indem alle einzahlen, auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Abgeordnete. Österreich macht es vor: Rentner erhalten dort im Durchschnitt 800 Euro mehr im Monat.

Auch bei der Krankenversicherung gibt es eine Schiefelage, seitdem die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen wurden...

Bartsch: ... darum setzt sich DIE LINKE für eine Solidarische Gesundheitsversicherung ein, bei der unter anderem Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag wie die Arbeitnehmer zahlen. Das ist sozial gerecht und führt dazu, dass der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent

sinkt. Zusatzbeiträge und Zuzahlungen entfallen dann.

Seit Jahren ist in Deutschland vom Jobwunder die Rede, die Wirtschaft boomt. Ist das nicht eine Erfolgsmeldung?

Wagenknecht: Nur wer sich der Realität verweigert, kann die massive Zunahme schlecht bezahlter, unsicherer Jobs als »Jobwunder« verkaufen. Vierzig Prozent der Bevölkerung haben heute real weniger Einkommen als noch Ende der 1990er Jahre. Viele können sich nicht einmal mehr einen einwöchigen Urlaub leisten.

Bartsch: Das muss sich ändern. Es ist ein Unding, dass ausge-rechnet diejenigen, die die Gesellschaft am

»Nur mit einer starken LINKEN gibt es kein Weiteres.«
Sahra Wagenknecht

Laufen halten, oft in Minijobs und zu Niedriglöhnen schuften. Der gesetzliche Mindestlohn muss zügig auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden.

Warum hat DIE LINKE im Bundestag gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt?

Wagenknecht: Eine Beteiligung an den Rohstoffkriegen der USA, die ganze Länder zerstören und Hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, ist unverantwortlich. Das Gleiche gilt für die illegalen Drohnenmorde. All das stärkt letztlich nur die

islamistischen Terroristen und hat inzwischen auch Deutschland zur Zielscheibe des Terrors gemacht.

Bartsch: Waffen schaffen keinen Frieden, Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen.

Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren, die Waffenexporte und militärische Abenteuer beendet. Deutschland sollte Abrüstungsweltmeister werden.

Wie will DIE LINKE ihre Forderungen umsetzen?

Bartsch: Durch das Schaffen von Mehrheiten. Je mehr Menschen uns unterstützen, desto größer wird der Druck für die anderen Parteien, auf unsere Forderungen einzugehen. Manchmal sind das kleine Schritte, manchmal auch große, wie etwa die Einführung des Mindestlohns.

Wagenknecht: CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne unterscheiden sich politisch kaum noch. Sie haben in den zurückliegenden 20 Jahren gemeinsam die Renten gekürzt, einen großen Niedriglohnsektor und das demütigende Hartz-IV-Regime geschaffen sowie Steuergeschenke an die Reichen verteilt. Das war Politik für die oberen Zehntausend, nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Nur mit einer starken Linken gibt es kein Weiteres.

Worauf können sich Wählerinnen und Wähler verlassen, wenn sie für DIE LINKE stimmen?

Wagenknecht: DIE LINKE ist nicht käuflich. Wir sind die einzige Partei, die noch nie einen Euro Spenden von der Deutschen Bank oder einem Rüstungskonzern bekommen hat. Und ich verspreche, das wird auch so bleiben. Denn wir machen Politik für Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, kleine Selbstständige und den Mittelstand, aber nicht für Konzernherren und Rüstungslobbyisten.

Bartsch: Wir werden immer an der Seite derjenigen stehen, die weniger Chancen haben und ausgegrenzt werden. Wir stehen auch nach der Wahl zu dem, was wir in unserem Wahlprogramm und im Wahlkampf fordern.



Dietmar Bartsch, geboren im Jahr 1958 in Stralsund. Er studierte und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 1998 bis 2002 sowie seit dem Jahr 2005 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Im November 2015 übernahm Dietmar Bartsch gemeinsam mit Sahra Wagenknecht den Vorsitz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Dietmar Bartsch hat zwei erwachsene Kinder und spielt in seiner Freizeit Volleyball und Skat.



Sahra Wagenknecht, geboren im Jahr 1969 in Jena. Sie studierte Philosophie und Neuere Deutsche Literatur und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 2004 bis 2009 war sie Mitglied des Europaparlaments und ist seit dem Jahr 2009 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Seit November 2015 teilt sie sich den Vorsitz der Fraktion mit Dietmar Bartsch. Sahra Wagenknecht ist verheiratet, lebt in Merzig im Saarland und liebt Bergtouren mit dem Fahrrad.

Mehr BAföG für Studierende

Die BAföG-Sätze für Studentinnen und Studenten reichen nicht zum Leben aus. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Studentenwerks. Vor allem die in den Universitätsstädten enorm gestiegenen Mietpreise sprengen die Höchstförderung in Höhe von 735 Euro. Viele Studierende müssen nebenher arbeiten. Dadurch haben sie weniger Zeit fürs Studium. Das betrifft vor allem Studierende aus einkommensschwachen Familien. DIE LINKE fordert ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro.



Jedes Kind soll schwimmen können

Weil Kommunen massiv verschuldet sind, wurden seit dem Jahr 1990 mehr als 1600 Schwimmbäder geschlossen. Allein 100 im letzten Jahr. Zudem wurden viele Schwimmbäder privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Schulen und Sportvereine fällt es deshalb immer schwerer, Zugang für den Schwimmunterricht zu erhalten. Für viele Familien ist der Eintrittspreis zu hoch. Die Folge: 60 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland können nicht schwimmen. DIE LINKE sagt: Schwimmbäder gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Jedes Kind muss ein öffentliches Schwimmbad besuchen können.

»Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar«

Gregor Gysi hat Großes vor im Bundestag und in Europa

Gregor Gysi ist rastlos unterwegs. Gestern eine Podiumsdiskussion beim Kirchentag in Magdeburg zur Frage, wie wir Frieden in unfriedlichen Zeiten gewinnen können. Heute Moderator im Deutschen Theater mit dem Bariton Thomas Quasthoff und dann in der Berliner Distel, wo er mit Oliver Welke, dem Präsentator der »heute-show« des ZDF, plauscht. Morgen schon versucht er in Hamburg der mittelständischen Wirtschaft nahezubringen, dass ein Neustart für Europa mit sozialen Standards, mehr Demokratie und friedlicher Außenpolitik auch ihr nützte. Und immer wieder Termine im Wahlkreis, Bürgersprechstunde, Gespräch im Seglerverein, mit Wissenschaftlern, Theaterleuten und, und, und.

Wer geglaubt hat, dass sich der langjährige Vorsitzende der Bundestagsfraktion so langsam aufs Altenteil zurückzöge, als er den Vorsitz abgab, hat die Rechnung ohne die Leute und ohne den Mann gemacht. Er gilt für die Ostdeutschen auch heute noch als ihre Stimme und war über 25 Jahre lang das prägende Gesicht der LINKEN in Deutschland. »Ich hatte ja auch gedacht, es wird weniger, und inzwischen habe ich sogar gelernt, gelegentlich Nein zu sagen. Aber wenn sich die Zahl der Anfragen verdoppelt, kommt eben doch viel zusammen«, bemerkt er schmunzelnd.

Mitunter wirkt er wie ein Getriebener. Immer wieder wird er gefragt, wie er das durchhält mit seinen 69 Jahren. »Ich bin fit«, sagt Gysi, und man sieht ihm die Freude an den täglich neuen Herausforderungen an. Ein Stück weit will er sicher auch die Hoffnun-



Seit Dezember 2016 ist Gregor Gysi Präsident der Europäischen Linken.

Ulwe Steinhert

gen nicht enttäuschen, die viele nach wie vor in ihn setzen. »Ich bin nicht der Mensch, der sich zur Ruhe setzt und dann Angeln geht, obwohl meine diesbezüglichen Lehrstunden bei Jan Korte durchaus entspannend waren«, sagt er mit Blick auf den LINKEN-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, der ein leidenschaftlicher Angler ist.

Deshalb ist Gysi seit Dezember 2016 Präsident der Europäischen Linken und will auch seinen Bundestagswahlkreis verteidigen. Die Europäische Linke ist ein Zusammenschluss von 25 Parteien. Es ist auch diese Verbindung zwischen Weltpolitik und Alltag, die ihn antreibt: wenn er den Präsidenten der Europäischen Kommission oder des Europäischen Gerichtshofs trifft und dann die Sorgen mit dem Jobcenter hört, die ihm eine Frau bei seiner Sprechstunde im Bürgerbüro in Schöneweide vorträgt. »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar, und DIE LINKE muss sich ihrer gesamten Verantwortung dafür

stellen«, erklärt Gysi seine Motivation für den Spagat zwischen Europa und Treptow-Köpenick.

Die aktuellen Entwicklungen stimmen ihn sorgenvoll: Eine Militarisierung der EU und das Erstarren nationalistischer, faschistischer Kräfte rufen den brillanten Rhetoriker auf den Plan. So nimmt Gysi auf seinem Facebook-Account in einem kurzen Video die Unlogik der Kanzlerin auseinander, Bundeswehrsoldaten über Syrien

Daten aufklären zu lassen, die der türkische Despot Erdoğan nutzt. Mithilfe der Daten greift Erdoğan kurdische Einheiten an, die am Boden den IS bekämpfen. Fast zwei Millionen Menschen schauen sich das Video an und stimmen Gysi zu.

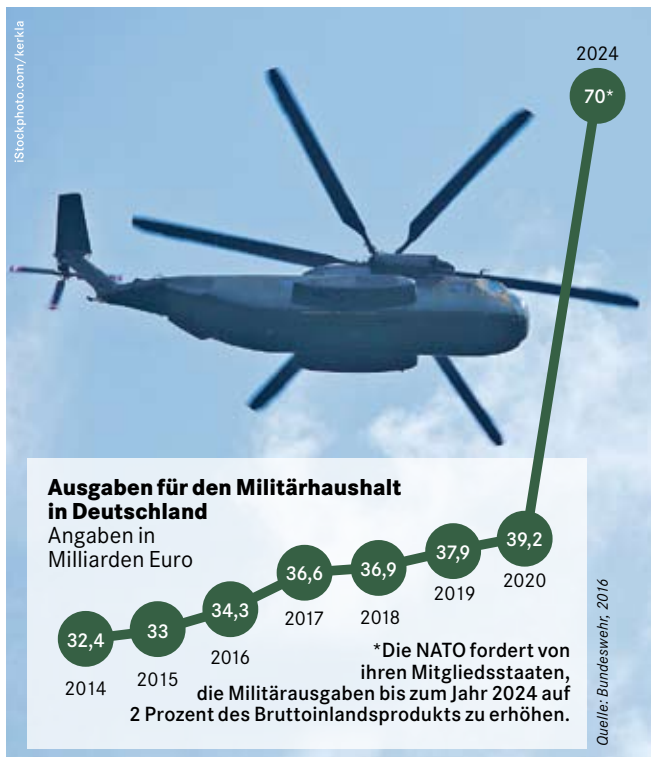
»DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die konsequente

Friedenspolitik und verlässliche Sozialpolitik zusammenbringt«, sagt Gysi. »Ich will die Europäische Linke als Gegengewicht gegen rechts und gegen die Kürzungspolitik von Schäuble stark machen, damit die Jugend in einem Europa leben wird,

das ihnen eine weltoffene, soziale, demokratische, friedliche Perspektive bietet.« Und Europa fängt für ihn eben nicht in Brüssel an, sondern beim Gespräch mit dem TV-Entertainer Wolfgang Lippert über die Entwicklung der Kultur im Wahlkreis.

Der Mann wird einfach noch gebraucht. In Treptow-Köpenick, im Osten, für die Jungen und die Alten, in Deutschland, in Europa. Gut, dass er weitermacht und der Bundestag nicht auf ihn verzichten muss.

DIE LINKE will
 ■ die EU neu starten: mehr Demokratie, mehr soziale Sicherheit, keine Aufrüstung ■ fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA ■ Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Wirtschaft.



Pausenbrot statt Panzer

Wie DIE LINKE die Ausgaben für Rüstung senken und stattdessen das Geld in Schulen und Kitas investieren will

Deutschland soll bis zum Jahr 2024 zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Militär ausgeben. Dazu erklärte sich die Bundesregierung 2014 auf dem NATO-Gipfel bereit. Kanzlerin Merkel hat kurz nach der Wahl von Donald Trump, der die Einhaltung dieses Ziels verlangt, mehrmals bekräftigt, die Vereinbarung erfüllen zu wollen. Zwei Prozent: Das klingt nicht viel. **Doch das BIP betrug 2016 rund 3,13 Billionen Euro. Zwei Prozent davon wären also mehr als 60 Milliarden Euro!**

Schon jetzt müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Rüstung und Militär 37 Milliarden Euro pro Jahr berappen.

Da die Wirtschaftskraft bis 2024 noch zulegen wird, würden mehr als 70 Milliarden Euro in den Militäretat fließen, eine Verdoppelung der heutigen Ausgaben. Zum Vergleich: Allein bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es einen Investitionsstau von über 100 Milliarden Euro. Schulen und Brücken sind marode, es gibt oft zu wenig Kitaplätze und bezahlbaren Wohnraum, Gleise werden stillgelegt, Schwimmbäder geschlossen, fast überall fehlt das Geld, aber Union und SPD wollen immer mehr in die Aufrüstung pumpen.

Würde sich die Bundesregierung von dem Zwei-Prozent-Ziel verabschieden, könnte sie innerhalb weniger Jahre den vor-

allem in den Kommunen dramatischen Investitionsstau abbauen.

DIE LINKE fordert als einzige Partei, dass die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik nicht erhöht, sondern deutlich gesenkt werden. »Dem Zwei-Prozent-Aufrüstungsprogramm von NATO und Merkel stellen wir unser Abrüstungsziel entgegen. Wir wollen den Rüstungshaushalt, der inzwischen der zweitgrößte Etat ist, um 20 Prozent kürzen. Das Geld wollen wir konkret dafür einsetzen, Kitas auszubauen und gebührenfrei zu machen und Schulen zu modernisieren«, erklärt der Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, Matthias Höhn.

Gute Bildung für alle!

Brandenburg ist einen großen Schritt beim längeren gemeinsamen Lernen vorangekommen



Gute Schulen braucht das Land – dafür kämpft DIE LINKE! Gute Schule heißt: Kein Kind wird zurückgelassen! **Jedes Kind soll möglichst wohnortnah beschult werden, um lange Schulwege zu vermeiden.** DIE LINKE will, dass Kinder möglichst lange gemeinsam lernen, ohne Stress durch Übergangsverfahren nach der 6. Klasse und

mit dem Recht auf eine Berufsausbildung, das Abitur und einen Studienplatz. Denn jedes Kind entwickelt sich anders, braucht Zeit und individuelle Förderung – egal welche Begabung oder Beeinträchtigung es als Voraussetzungen mitbringt. Dafür ist die Gemeinschaftsschule die beste Schulform. DIE LINKE hat in Brandenburg erreicht, dass wir

mit der Förderung von Schulzentren einen großen Schritt in Richtung des längeren gemeinsamen Lernens gehen. **In Schulzentren lernen Kinder gemeinsam von der 1. Klasse bis zur 10. oder 13. Klasse. Das hat viele Vorteile, sowohl für die Kinder als auch für die Lehrkräfte und Eltern.** Das Land Brandenburg stellt mehr Lehr-

kräfte ein, finanziert Baumaßnahmen und unterstützt außerdem die Schul- und Lernkultur. Gleichzeitig will DIE LINKE die Bildungschancen von Kindern mit Behinderungen weiter verbessern. Viele Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf werden schon lange an Regelschulen unterrichtet, und diesen Weg werden wir hin zur inklusiven Bildung von der Kita bis zur Hochschule gehen. Dabei dürfen aber die Länder und Kommunen nicht alleingelassen werden. Das sogenannte Kooperationsverbot ist ein Hindernis für gleiche und vergleichbare Bedingungen beim Lernen und Lehren. Damit wir in Brandenburg noch bessere Bildung für unsere Kinder anbieten können, muss dieses Verbot aufgehoben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankert werden – und genau dafür setzt sich DIE LINKE ein.

Auf den Anfang kommt es an

Dank der LINKEN wurde die Kita-Förderung erheblich ausgebaut

Ein zentraler Fokus LINKER Politik liegt auf den Kleinen und Kleinsten in unserem Land. Eine hohe Qualität frühkindlicher Bildung und Kinderbetreuung ist uns ein wichtiges Anliegen. **DIE LINKE hat in Brandenburg erreicht, dass die Zuschüsse für Kitas deutlich von 147 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 404 Millionen Euro im Jahr 2018 erhöht wurden.** Das ist eine Steigerung von über 170 Prozent. Der Schwerpunkt liegt auf der Verbesserung des Betreuungsschlüssels. So ist seit 2016 bei der Betreuung der Kinder von null bis drei Jahren eine Erzieherin oder ein Erzieher für fünf Kinder verantwortlich – noch 2009 betreute eine oder einer sieben Kinder. Bei den Drei- bis Sechsjährigen werden wir die Betreuungsqualität ebenfalls verbes-

sern, hier wird künftig eine Kraft elf Kinder betreuen.

Zusätzlich wurde Ende 2016 ein Kita-Paket aus vier Teilen beschlossen:

- Freistellung der Kita-Leitung für Organisationsaufgaben,
- mehr Personal in Kiez-Kitas für bessere Betreuung von Kindern und Familien in sozialen Brennpunkten,
- mehr Geld für Kita-Sanierungen,
- Entlastung der Eltern von Kita-Beiträgen durch den Einstieg in die Beitragsfreiheit.

Gerade der letzte Punkt ist für uns besonders wichtig. DIE LINKE will eine kostenlose Bildung von der Kita bis zum Abschluss der Lehre oder dem Hochschulabschluss. Intransparente und zu hohe Kita-

Beiträge sind nicht mehr zeitgemäß. Das wollen wir ändern und die Eltern mit dem Einstieg in die Beitragsfreiheit ab 2018 um insgesamt 34 Millionen Euro entlasten. Um die Situation in den Kitas

nachhaltig zu verbessern, ist die Bundesregierung in der Pflicht: **Wir brauchen ein bundesweites Kita-Qualitätsgesetz und den Einstieg des Bundes in die Kita-Finanzierung.**



LINKE Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkreisen



Jede große Veränderung beginnt mit einem ersten kleinen Schritt.

Kirsten Tackmann

Wahlkreis: 56
Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I

■ 57 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, wohnt in Wusterhausen/Dosse, Ortsteil Tornow, Ausbildung: Veterinärmedizinerin, seit 2005 Bundestagsabgeordnete, Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Sprecherin für Landwirtschaftspolitik.

www.kirstentackmann.de



Zeit, etwas zu ändern. Soziale Gerechtigkeit und der solidarische Zusammenhalt müssen wieder im Mittelpunkt aller Politik stehen.

Andreas Büttner

Wahlkreis 57
Uckermark – Barnim I

■ 44 Jahre, verheiratet, drei Söhne (13, 9, 7) und eine Tochter (11), wohnt in Templin, seit 1992 Polizeibeamter in Berlin, von 2009 bis 2014 Landtagsabgeordneter in Brandenburg.

www.andreasbuettnner.info

Jedes vierte Kind ist von Armut bedroht

Sozialministerium kämpft für starke Familien

Kinderarmut hat viele Gesichter. Aber die Folgen sind immer gleich: Mädchen und Jungen aus armen Familien sind häufiger krank, haben schlechtere Bildungs- und Entwicklungschancen und größere Probleme beim Übergang ins Erwachsenenleben.

Gerade Kinder leiden besonders unter der Armut ihrer Eltern. Viele Kleinigkeiten des Alltags bleiben ihnen verwehrt, ein Besuch im Kino ist seltener Luxus, Mitgliedschaften in Sportvereinen oder Mu-

sikschulen sind Ausnahmen und die Ferienfreizeit ist für viele ein unerfüllbarer Traum. **Die Armut von Familien mit Kindern ist eines der drängendsten Probleme unserer Gesellschaft.**

DIE LINKE in Brandenburg hat sich der aktiven und zielgerichteten Bekämpfung von Kinderarmut verschrieben. Unter dem Motto »Starke Familien – starke Kinder« hat das links geführte Sozialministerium gemeinsam mit verschiedenen staatlichen und gesellschaft-

lichen Akteuren im Jahr 2015 den Runden Tisch gegen Kinderarmut gegründet. Ziel ist es, Strategien und Handlungsmöglichkeiten zur Vermeidung und Bekämpfung von Kinderarmut zu entwickeln und vorhandene Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu bündeln.

Neben dem Runden Tisch leisten das Brandenburger Bündnis Gesund aufwachsen und das Netzwerk Gesunde Kinder seit Jahren einen aktiven Beitrag zur Armutsbekämpfung. Das in diesem Jahr neu ge-

startete und von der LINKEN forcierte Modellprojekt »Gesundheitsfachkräfte an öffentlichen Schulen« soll die Bildungschancen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien verbessern. Denn Kinder lernen am besten, wenn sie gesund sind. DIE LINKE will über das Pilotprojekt hinaus die Schulgesundheitspflege an allen Schulen.

Amtlichen Statistiken zufolge ist in Brandenburg jedes vierte Kind von Armut bedroht. DIE LINKE will der daraus

entstehenden Gefahr eines Armutskreislaufs, dem die Kinder armer Eltern nur schwer entkommen können, entgegen treten. **Wir kämpfen auf Bundesebene für grundlegende Änderungen, beispielsweise die Erhöhung des Kindergeldes auf 328 Euro und die Einführung einer Kindergrundsicherung.** Es bleibt ein Skandal, dass die Koalition aus SPD und CDU in einem so reichen Land wie Deutschland einem Viertel seiner Kinder die Zukunft raubt.



Politik ist für Menschen da. Nicht umgekehrt. Dafür stehe ich. Direkt. Konkret. Im Bundestag.

Harald Petzold

Wahlkreis 58
Oberhavel – Havelland II

geboren 1962, ledig, zwei Patenkinder, wohnt in Falkensee, Ausbildung zum Lehrer, seit 2013 Bundestagsabgeordneter, Obmann im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, Medien- und queerpolitischer Sprecher.
www.harald-petzold.de



Ich beschäftige mich nicht mit dem, was getan worden ist. Mich interessiert, was getan werden muss. (Marie Curie)

Kerstin Kühn

Wahlkreis 59
Märkisch Oderland – Barnim II

54 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, wohnt in Bernau Ortsteil Schönau, Ausbildung: Diplom-Juristin, Beruf: Rechtsanwältin.
www.kerstin-kuehn.de



Zukunft für alle! Denn die digitale Revolution kann und muss sozial gestaltet werden.

Anke Domscheit-Berg

Wahlkreis 60
Brandenburg an der Havel – Potsdam-Mittelmark I – Havelland III – Teltow Fläming I

geboren 1968, verheiratet, ein Kind, wohnt in Fürstenberg/Havel, Ausbildung: Textilkunst, BWL; Beruf: Publizistin.
www.ankedomscheitberg.de

Kontakt
DIE LINKE Brandenburg
Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: 03 31/20 00 90
www.dielinke-brandenburg.de



Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Landesregierung legt ein Programm für Neubauten auf

Wohnen ist ein Grundbedürfnis – dessen Wahrnehmung in Deutschland immer teurer wird. 860 Euro monatlich musste ein Durchschnittshaushalt im Jahr 2015 für Wohnen, Energie und Instandhaltungsarbeiten ausgeben. Das ist für die meisten Deutschen ein Drittel ihres Nettoeinkommens. Hinzu kommt der knapper werdende Wohnraum in vielen Städten. Das gilt längst nicht mehr nur für Studierende und Rentnerinnen und Rentner.

Auch die breite Mittelschicht ist vom Wohnungsmangel betroffen. **Durch soziale Verdrängung verändert sich das Gesicht vieler Städte.** Menschen mit niedrigem Einkommen können sich Wohnungen in den Innenstädten nicht mehr leisten. Deshalb fordert DIE LINKE, die Mietexplosion zu stoppen! Wir brauchen einen Neustart des öffentlichen sozialen Wohnungsbaus und ein Ende der Spekulation mit Wohnraum. DIE LINKE

setzt sich für die Stärkung gemeinnütziger Wohnungsgesellschaften ein, um ein Zeichen gegen Profitmaximierung und für die Rechte von Mieterinnen und Mietern zu setzen. Nicht nur im Berliner Speckgürtel wird bezahlbarer Wohnraum knapper. Die Brandenburger Landesregierung hat deshalb ein Programm aufgelegt, das den Neubau von Wohnungen fördert. Dabei wird besonderes Augenmerk auf günstige Preise und die Rechte der Mieter und

Mieterinnen gelegt. Erste Projekte wurden beispielsweise in Potsdam auf den Weg gebracht. Anfang dieses Jahres wurde das Brandenburger Bündnis für Wohnen gegründet. DIE LINKE will, dass dieses Bündnis zu einer starken Stimme für mehr bezahlbaren Wohnraum und für die Senkung von Betriebskosten wird. **Es muss endlich einen grundlegenden Kurswechsel bei der Mietpolitik in der Bundesrepublik geben.**

Gesundheit ist keine Ware

Gute Pflege gibt es nur mit guter Arbeit für die Beschäftigten



Ständig unter Stress: Pflegekräfte in Kliniken und Senioreneinrichtungen

Michael Breyer

Wie wichtig gute Pflege ist, lernt man meistens erst, wenn man sie braucht. Auch wenn bei Krankheit oder im Alter Angehörige oder Freundinnen und Freunde da sind, die sich aufopferungsvoll kümmern: Irgendwann ist professionelle Hilfe nötig, weil der Pflegeaufwand zu groß wird

oder das medizinische Wissen nicht mehr ausreicht. Und das geht nicht zum Nulltarif. **Gute Pflege setzt gute Arbeit voraus.** Da Fachkräfte Mangelware sind, spielen faire Bezahlung, attraktive Arbeitsbedingungen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine große Rolle.

Nicht nur der Lohn ist entscheidend. Es geht auch um weniger Stress für das Pflegepersonal. **Wenn zu wenig Pflegendes sind, führt das zu unzumutbarer Arbeitsverdichtung.** Der Fehler liegt im System. Gesundheit ist keine Ware, wird aber so behandelt. Nicht nur durch die Zweiteilung in private und gesetzliche Krankenversicherung ist es zu einer massiven Schiefelage im Gesundheitssystem gekommen. Die Pflegekassen zahlen den Pflegediensten länderspezifische Entgelte – also unterschiedlich viel Geld für die gleiche Leistung. In Brandenburg ist das besonders eklatant, wenn einzelne Entgelte, die ein Pflegedienst pro Patient erhält, bis zu 45 Prozent unter den Berliner Sätzen liegen. Solange die Pfl-

geleistung in einigen Bundesländern weniger wert ist als in anderen, so lange wird es schwer sein, Menschen für den Pflegeberuf zu begeistern und in der Region zu halten. Die Gesundheitsreformen der Bundesregierung haben die Lage in der Kranken- und Altenpflege in den vergangenen Jahren verschärft. DIE LINKE will alle Einkommen heranziehen, um ein gerechtes Gesundheitssystem von allen für alle zu schaffen – einschließlich einer guten Entlohnung für die Beschäftigten. **DIE LINKE kämpft für eine Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, um die bundesweit dringend benötigten 100 000 zusätzlichen Pflegekräfte finanzieren zu können.** Weg mit der Zweiklassenmedizin!

Neue Chancen für Erwerbslose

Interview mit Ralf Kaiser, Kandidat der LINKEN-Landesliste, zu geförderten Sozialbetrieben

In Brandenburg hat es DIE LINKE erreicht, dass geförderte Sozialbetriebe eingerichtet werden. Für wen sind diese Betriebe gedacht?

Wir freuen uns über den stabilen Arbeitsmarkt, aber es gibt Langzeiterwerbslose, die von der guten Entwicklung abgehängt sind. Viele von ihnen haben trotz offener Stellen kaum Chancen auf einen Job. Deshalb fördert Brandenburg schon seit 2015 Integrationsbegleiter, die Betroffene persönlich unterstützen. Sozialbetriebe sind jetzt eine weitere Chance, diesen Menschen neue Perspektiven zu eröffnen.

Was kann man sich konkret unter einem Sozialbetrieb vorstellen?

Es handelt sich nicht um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, sondern um richtige Unternehmen. Die Belegschaft besteht aus ehemaligen Langzeiterwerbslosen – Menschen, die nur eingeschränkt arbeiten können und schwer in den Arbeitsmarkt zu vermitteln sind, erwirtschaften dort ihren Lebensunterhalt und haben eine Sozialversicherung. Das Geld von der Landesregierung, etwa 6,5 Millionen Euro, dient der sozialpädagogischen und fachlichen Begleitung. Es ist eben besser, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Gibt es schon Beispiele?

Es gibt erste Modellversuche wie den Verein »Mit uns gelingt's« in der Uckermark oder die Arbeitsinitiative Letschin. Sie verkaufen ihre Produkte oder Dienstleistungen und machen so Gewinne. Dieses Geld wird dann für Weiterbildung und Integrationshilfen genutzt. Ziel ist es, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern später die Rückkehr auf den regulären Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Wie stehen dafür die Erfolgchancen?

Die Erfahrung zeigt, dass es ein Drittel der Teilnehmenden nach zwei Jahren wieder auf den ersten

Arbeitsmarkt geschafft hat. Ein weiteres Drittel braucht länger. Und es gibt Menschen, die den Zugang nicht schaffen, aber durchaus in der Lage sind, unter Anleitung produktiv zu arbeiten.

Wann können Förderanträge für Sozialbetriebe gestellt werden?

Als Brandenburger finde ich gut, dass das links geführte Sozialministerium dafür eine neue Richtlinie erstellt hat. Sozialministerin Diana Golze von der LINKEN ermöglichte die öffentliche Finanzierung der Betriebe. Förderanträge können bei der Investitionsbank des Landes, der ILB, gestellt werden.



Die Spitzenkandidatin der Brandenburger LINKEN: Kirsten Tackmann

»Ich wollte immer die Verhältnisse ändern«

Soziale und ökologische Konflikte sind zwei Seiten einer Medaille, sagt die Spitzenkandidatin der Brandenburger LINKEN, Kirsten Tackmann

Was macht die anstehenden Wahlen so wichtig?

So traurig es ist, die Friedensfrage ist wieder hochaktuell. Wir sehen blutige Konflikte in nahezu allen Teilen der Welt. Für mich ist klar: Bomben bringen keinen Frieden. Kriege wie in Syrien kann man nicht mit Krieg beenden. Wer Frieden will, muss für soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Demokratie sorgen. Leider ist dieses Denken im Deutschen Bundestag außer in der LINKEN alles andere als selbstverständlich. Umso wichtiger ist aus meiner Sicht unsere starke Stimme für eine friedliche Außenpolitik.

Das sind ja nicht unbedingt klassische Themen einer Tierärztin in der Politik! Was hat Sie dazu gebracht, sich politisch zu engagieren?

Ich habe vorher in der Forschung gearbeitet. Wir haben quasi Politikberatung für das Bundesagrarministerium gemacht. Als unser Institut dann geschlossen werden sollte, haben wir viele Jahre um den Erhalt gekämpft und dafür die Unterstützung von Bundestagsabgeordneten gesucht – und bei der LINKEN auch gefunden. Ich war immer ehrenamtlich politisch engagiert, das Hauptamt kam dann eher zufällig.

Was treibt Sie an?

Ich wollte immer die Verhältnisse ändern. Ich kann es nicht ertragen, wenn Menschen ungerecht und respektlos behandelt werden. Mich ärgert es, wenn sorglos mit der Natur umgegangen wird. Dagegen will ich verlässliche Bündnisse schmieden. Das sehen viele in meiner Partei genauso. Inter-

sen erfolgreich zum Vorteil vieler zusammenzuführen, macht mir Spaß. Das ist mein Verständnis von Politik.

Politik und Spaß? Geht das wirklich?

Politik bestimmt unser Leben, ob wir es wollen oder nicht. Für mich ist das Mandat deshalb mehr Berufung als »Arbeit«. Denn mein Ziel sind Verbesserungen im Alltag möglichst vieler Menschen. Das ist mit einem 8-Stunden-Job nicht zu machen. Die Arbeit im Parlament, im Wahlkreis und im Ehrenamt muss ineinandergreifen. Und wenn ich dabei Erfolg habe, macht es natürlich auch Spaß. Ich denke da etwa an den erfolgreichen Widerstand gegen das Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide.

Und doch läuft nicht immer alles nach Plan. Was hat Sie in der Politik enttäuscht?

Dass trotz des Widerstands der LINKEN alle Auslandseinsätze der Bundeswehr immer wieder im Bundestag beschlossen werden, ist meine größte Enttäuschung. Hier versagt die Mehrheit im Parlament regelmäßig.

Sind das Momente, in denen Sie den Gang in die Politik bereuen?

Ja klar, solche Momente gibt es. Hobbys kommen zu kurz oder musste ich ganz aufgeben, wie die Rettungshundeausbildung. Familie und Freunde müssen oft auf mich verzichten. Aber meistens weiß ich ja, wofür ich das tue. Wer A sagt, darf sich über B nicht beschweren.

Haben ökologische Themen überhaupt eine Chance, wahrgenommen zu werden,

wenn es um Frieden und soziale Gerechtigkeit geht?

Soziale und ökologische Konflikte sind zwei Seiten einer Medaille. Sie spitzen sich in einer Geschwindigkeit zu, dass es dringend eine LINKE Antwort braucht. Eine starke Linksfraktion im nächsten Bundestag ist deshalb kein Selbstzweck, sondern nötig für anstehende Veränderungen. Aber wir brauchen den Widerstand in der Gesellschaft, um ihn in die Parlamente tragen zu können. Wir alle müssen Teil des Veränderungswillens sein – sozial und ökologisch.

Und was heißt das ganz konkret? Was wollen Sie in der nächsten Wahlperiode erreichen und was passiert, wenn das keine Mehrheit findet?

Ich werde weiter dafür streiten, dass Landwirtschaft, Dörfer und Verbraucherinnen und Verbraucher wieder näher zusammengerücken. Wir müssen gemeinsam einen Weg finden, die Versorgung mit gesunden, regional erzeugten Lebensmitteln, nachhaltig produzierten erneuerbaren Energien und faire Einkommens- und Arbeitsbedingungen mit der Schonung unserer natürlichen Lebensgrundlage, mit lebendigen Dörfern und ethischem Umgang mit unseren Nutztieren zu verbinden. Wenn das nicht gelingt, geht das auf Kosten der Beschäftigten in der Landwirtschaft und der Dörfer. Auch wenn das dann andere zu verantworten haben, ist das frustrierend. Aber man muss weiter Widerstand leisten und immer wieder die Argumente auf den Tisch legen. Zumindest ist das mein Grundverständnis.

Und dafür ist DIE LINKE notfalls auch bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen?

Warum soll das, was in den Kommunen und in Brandenburg, Berlin und Thüringen funktioniert, nicht auch im Bund möglich sein? Um die vielen Systemfehler zu korrigieren, brauchen wir Mehrheiten. SPD und Grüne müssen entscheiden, ob sie weiter nur mitmachen oder mit uns gemeinsam wirklich was verändern wollen. Ein Politikwechsel wird nicht an der LINKEN scheitern.

Worauf freuen Sie sich im Wahlkampf am meisten und wo finden Sie einen Ausgleich?

Am meisten freue ich mich auf den direkten Kontakt mit Wählerinnen und Wählern. Ich mag die intensiven Diskussionen so kurz vor der persönlichen Wahlentscheidung. Und zum Thema Ausgleich: Natürlich besteht das Leben auch bei mir nicht nur aus Politik. Im Wahlkampf wird mir die Zeit zum Durchatmen leider oft fehlen. Aber mir bleibt immer noch der Gang durch unseren Garten. Der erdet mich immer wieder.

Wir wünschen Ihnen dafür immer wieder Muße und vor allem viel Erfolg im Wahlkampf. Noch eine abschließende kurze Frage: Was sind für Sie die drei Kernbotschaften der LINKEN?

Erstens: Ohne Frieden ist alles nichts. **Zweitens:** Die Würde des Menschen ist unantastbar – egal woher man kommt, wo und wie man lebt, liebt und arbeitet. **Und drittens:** Wir sind den nachfolgenden Generationen Respekt vor der Natur schuldig.



Bezahlbare Mieten, mehr Kita-Plätze und kostenloser ÖPNV statt Garnisonkirche.

Norbert Müller

Wahlkreis 61
Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II

■ 32 Jahre, verheiratet, zwei Söhne, wohnt in Fahrland, Ausbildung: Lehramtsstudent für Geschichte und LER, seit 2014 Bundestagsabgeordneter, Kinder- und Jugendpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mitglied der Kinderkommission.

www.norbert-mueller.net



Erforderlich ist ein sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft. Umweltschutz ist kein Luxus, sondern eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Besser statt mehr!

Carsten Preuß

Wahlkreis 62
Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz I

■ 55 Jahre, verheiratet, ein Kind, wohnt in Zossen, Diplomagraringenieur.

www.carstenpreuss.de



Geradlinig und direkt. Für einen starken Osten. Für Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Thomas Nord

Wahlkreis 63
Frankfurt (Oder) – Oder-Spree

■ 60 Jahre, geschieden, zwei Kinder, wohnt in Frankfurt (Oder), Ausbildung zum Maschinen- und Anlagenmonteur sowie Kulturwissenschaftler, seit 2009 Bundestagsabgeordneter, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe.

www.thomas-nord.de



Die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern kann nur erreicht werden, wenn die parlamentarischen Entscheidungen mindestens zur Hälfte von Frauen getroffen werden.

Birgit Kaufhold

Wahlkreis 64
Cottbus – Spree-Neiße

■ 56 Jahre, verheiratet, zwei Kinder und zwei Stiefkinder, wohnt in Spremberg, Diplomingenieurin (FH) Erkundungsgeologie, Betriebswirtin (VWA), arbeitet als Verwaltungsangestellte bei der DRV Knappschaft-Bahn-See.

birgitkaufhold.blogspot.de



Ehrlich, solidarisch, gerecht – für alle.

Diana Tietze

Wahlkreis 65
Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz II

■ 48 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, wohnt in Calau, Ausbildung: Diplompsychologin, arbeitet als selbstständige psychologische Beraterin.

[facebook.com/diana.tietze.dielinke](https://www.facebook.com/diana.tietze.dielinke)

Am 24. September auch die LINKEN Bürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten wählen in:

Doberlug-Kirchhain
Eisenhüttenstadt
Glienicke Nordbahn
Hennigsdorf
Königs Wusterhausen
Nuthe-Urstromtal
Oranienburg
Rheinsberg
Schulzendorf
Wildau
Zeuthen



Öffentliche Träger müssen für schnelles Internet auf dem Land sorgen

Eine der wesentlichen Voraussetzungen der modernen Globalisierung ist die Erfindung des Internets. Computer, Smartphones und Digitalisierung dringen immer weiter in unseren Alltag ein, ändern unsere Lebens- und Produktionsweisen und werfen völlig neue Fragen auf. So müssen wir neue Mechanismen zur Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums finden. Wir müssen digitale Teilhabe und Datenschutz völlig neu denken. Auch in Brandenburg. Je weiter man von den Städten ins Land fährt, desto mehr

wird aus dem schnellen ein langsames Internet, bis der Datenfluss nahezu vollständig versiegt: Funkloch. Viele Bürgerinnen und Bürger, Initiativen, Klein- und mittelständische Unternehmen klagen über diesen Zustand. Bei den zuständigen Telekommunikationsdienstleistern heißt es, Breitbandinternet und Mobilfunkabdeckung rechnen sich auf dem flachen Land nicht. **Den börsennotierten Konzernen ist der zu erwartende Gewinn im ländlichen Brandenburg nicht hoch genug.** Für uns als LINKE ist das

ein klassisches Marktversagen – denn schnelles Internet ist für uns ein Grundrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bis in die 1990er Jahre gab es eine öffentliche, für ihre Zeit fortschrittliche Infrastruktur bei Post und Telekommunikation. Sie wurde im Januar 1994 durch die schwarz-gelbe Regierung unter Helmut Kohl privatisiert. Die Deutsche Bundespost wurde in Aktiengesellschaften aufgespalten. Seitdem entscheidet nicht mehr die öffentliche Hand über die Versorgung und den Netzausbau, sondern die Renditevor-

gabe der Aktionärinnen und Aktionäre. **Für DIE LINKE ist der gleichberechtigte Zugang zu schnellem und leistungsfähigem Internet eine Grundvoraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe im 21. Jahrhundert.** Deshalb will sie einen sozial verantwortlichen Breitbandausbau in öffentlicher Trägerschaft und stellt sich gegen die Monopolstellung einiger riesiger Anbieter. Das Telekommunikationsgesetz muss geändert werden, damit die Versorgung aller Regionen verbessert wird. Das gelingt nur mit einer starken LINKEN.

Von der Straße auf die Schiene

Brandenburg hat eine gute Mobilitätsstrategie. Aber die Bundesregierung benachteiligt die Bahn, sagt Birgit Kaufhold, Lausitzer Kandidatin der LINKEN für den Deutschen Bundestag

Was läuft falsch bei der Verkehrspolitik des Bundes? Die Bundespolitik mit Verkehrsmitteln Dobrindt hat es versäumt, die richtigen Weichen für zukunftsfähige Mobilität zu stellen. Stattdessen wurde mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 erneut der Straßenverkehr privilegiert und der Bahnverkehr benachteiligt. Auch die Einführung von Gigalibern ist der falsche Weg. Wir wollen mehr Gütertransporte auf die Schiene bringen. Dazu muss der Schienenausbau vorangebracht werden, damit die Güterverkehrszentren

in Brandenburg durch intelligente Verknüpfung von Straße, Schiene und Wasserstraße optimal zum Einsatz kommen können.

Und was will DIE LINKE besser machen?

DIE LINKE will eine politische Neuausrichtung der Verkehrspolitik im Bund, hin zu mehr Mobilität für Menschen und Güter auf der Schiene und für mehr Klima- und Gesundheitsschutz. Die Bahn als 100-prozentige Tochter des Bundes muss dabei zu einer Zukunftsbahn umgestaltet wer-

den. Das muss einhergehen mit der Absenkung der viel zu hohen Trassen- und Stationspreise, damit mehr finanzieller Spielraum für den zukunftsfähigen Regionalverkehr in den Ländern gegeben ist. Wir wollen mehr Mobilität mit weniger Verkehr, weniger Luftverschmutzung und weniger Verkehrslärm.

Was hat DIE LINKE in der Brandenburger Regierung dafür getan?

Mit der Mobilitätsstrategie 2030 haben wir einen guten strategischen Ansatz in Brandenburg.

Die Strategie muss jetzt schrittweise mit intelligenten Lösungen umgesetzt werden. Ein erster wichtiger Schritt ist die Fortschreibung des Landesnahverkehrsplans zur Verbesserung der Bahnangebote und zu einer besseren Verknüpfung mit Bussen, zum Beispiel mit den PlusBus-Strecken, der Qualifizierung des Rufbus-Systems, der Modernisierung der städtischen Straßenbahnen sowie deren Netze und einer Prioritätensetzung für weitere Investitionen wie den Ausbau von Bahn- und S-Bahn-Strecken.



LINKE Verkehrspolitik

Mobilität bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. DIE LINKE will allen Mobilität ermöglichen, in den Städten und auf dem Land. Dazu sind Lösungen nötig, die den verschiedenen Interessengruppen gerecht werden, den täglichen Pendlerinnen und Pendlern zur Arbeit genauso wie den Menschen in den unterschiedlichen Lebenslagen und Wohnorten, die ihren Alltag organisieren, zur Kita, Schule oder zum Krankenhaus kommen müssen. Das gesamte Verkehrssystem befindet sich im Umbruch. Der herkömmliche Pkw- und Lkw-Verkehr mit Staus, Luft- und Lärmbelastung, mit klimaschädlichen Antrieben und

einem hohen Unfallaufkommen wird zur Belastung für die Bevölkerung. Deshalb müssen wir Mobilitätsprobleme lösen: verkehrsträgerübergreifend, umweltschonend, digital vernetzt und verkehrsgerecht. DIE LINKE setzt auf vernetzte, kooperative und regional angepasste attraktive Lösungen, damit alle zuverlässig, günstig, schnell und sicher von A nach B kommen. Bei der Gestaltung und Organisation von Mobilität sind Kreativität und Mut gefragt. DIE LINKE streitet für intelligente Mobilität im Spannungsfeld zwischen individuellen Bedürfnissen und kollektiv nachhaltigen Lösungen.

Renten rauf: Mindestens 1.050 Euro

DIE LINKE will die gesetzliche Rente erhöhen und armutsfest machen



Martin Heinele

Findet die Rentenpolitik der vergangenen 20 Jahre ungerecht: Verkäuferin Ramona Otto.

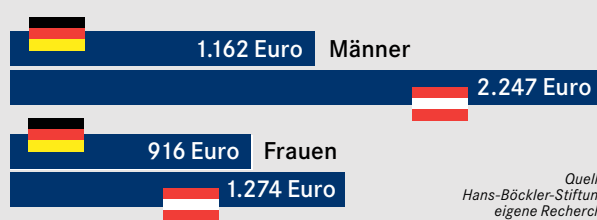
Ramona Otto wird es etwas mulmig, wenn sie an ihre Rente denkt. Die Verkäuferin arbeitet seit 1998 im Einzelhandel. Ihr Mann bekommt eine schmale Erwerbsminderungsrente. Beiden ist klar: Große Sprünge waren bislang nicht möglich, in Zukunft sind sie ausgeschlossen. Miete, Energiekosten, Einkäufe – die kleinen Renten werden schnell aufgefressen. **Statt nach Jahrzehnten harter Arbeit das Leben genießen zu können, müssen sich immer mehr Menschen Sorgen über ihre finanzielle Lage im Alter machen.** Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind davon bedroht.

Die gesetzliche Rente befindet sich im Sinkflug. Die Bundesregierung schaut zu, wie sich das Problem zuspitzt: ab 2030 droht jedem zweiten Normalverdiener eine Minirente. DIE LINKE will das stoppen. »Eine Rente, die für ein gutes Leben auch im Alter reicht, ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung der Menschen. Es ist unwürdig, wenn Rentnerinnen und Rentner Pfandflaschen sammeln müssen«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. »Als einzige Partei wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöhen. Da wo es vor den Rentenkürzungen der letzten Jahre – zur Zeit Helmut Kohls – einmal war.« Den Menschen in

Ostdeutschland wird zu jeder Wahl die Rentenangleichung versprochen – und dieses Versprechen haben CDU und SPD nach jeder Wahl wieder gebrochen. DIE LINKE steht für die sofortige Angleichung an das Westniveau. Ohne die junge Generation, die künftigen Rentnerinnen und Rentner, zu benachteiligen. Das Konzept der LINKEN für eine Rente, die den Lebensstandard sichert, ist eine Erwerbstätigenversicherung. In die zahlen alle ein – nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch Beamte, Politikerinnen und Politiker. **DIE LINKE will, dass die Beiträge für die Rente wieder zur Hälfte von den Unternehmen gezahlt werden.** So sind gute Renten für alle finanzierbar – für den Durchschnittsrentner bringt das rund 120 Euro mehr im Monat. Den Riester-Schwindel, der nur die Konten der Versicherungskonzerne auffüllt, muss aufhören. Die Ansprüche müssen in die gesetzliche Rente überführt werden. Für Ramona Otto und andere Beschäftigte mit niedrigem

Einkommen würde das alleine noch nicht reichen. Deshalb will DIE LINKE kleine Einkommen in der Rentenversicherung aufwerten. »Für eine Verkäuferin wie Ramona Otto wären das 270 Euro mehr Rente im Monat«, erklärt Bernd Riexinger. »Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente wollen wir streichen.« Mit diesen Rentenreformen können Ramona Otto und ihr Mann entspannter in die Zukunft blicken. Vielen Frauen und allen, die auf lange Phasen mit niedrigen Löhnen, Krankheit oder Erwerbslosigkeit zurückblicken müssen, droht mit dem jetzigen System eine Rente unterhalb der Grundsicherung. Deswegen will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente einführen – sie schützt alle Menschen, die sonst eine Rente von unter 1.050 Euro bekommen. Die Mindestrente soll als Zuschlag – oder im Einzelfall als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen. Das ist eine Frage der Achtung der Menschenwürde.

Was in Österreich geht, ist auch hierzulande möglich
Das bekamen Neurentnerinnen und Neurentner 2015 im Schnitt im Monat ausgezahlt (inklusive Witwenrente)



Von der Arbeit gut leben können

Sichere und gut bezahlte Jobs müssen in Deutschland wieder die Regel sein

Die Profite der Unternehmen sind explodiert. Aber 40 Prozent der Beschäftigten bekommen heute nicht mehr Lohn als vor 20 Jahren. **Viele Beschäftigte arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen trotzdem kaum über die Runden.** DIE LINKE will das ändern. Von Arbeit muss man leben können. Der Lohn muss reichen, um eine

Rente anzusparen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Unbefristete Arbeit, die sozial und mit Tarifvertrag abgesichert ist – das muss die Regel sein, nicht die Ausnahme. Selbst die Bundesregierung hat auf Anfrage der LINKEN ausrechnen müssen: Mit unter 12 Euro Stundenlohn droht selbst denen Altersarmut, die ohne Un-

terbrechung gearbeitet haben. Deshalb will DIE LINKE einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro ohne Ausnahmen durchsetzen. Die Löhne und Gehälter müssen insgesamt steigen. Die Agenda-2010-Gesetze haben unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge, befristete und Minijobs erst möglich gemacht. DIE LINKE will als einzi-

gen können. **Frauen wie Männer müssen das Recht auf Arbeitszeiten haben, die mit dem Leben mit Familie und Kindern, Weiterbildung und Freizeit vereinbar sind.** Teilzeitarbeit muss zum Leben reichen, unfreiwillige Teilzeit muss abgeschafft werden. »In fast allen schlecht bezahlten Berufen arbeiten mehrheitlich Frauen. Das ist Diskriminierung in Reine-

form«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen wie Männer gleichen Lohn bekommen.

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss besser bezahlt werden.«
Bernd Riexinger,
Vorsitzender der LINKEN

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden«, sagt er. »Dafür wollen wir sorgen – mit Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Das ist gerecht und nützt am Ende allen.«



Christian Mang

LINKEN-Kampagne gegen befristete Arbeitsverhältnisse



Stress: Arbeit auf Abruf

In Deutschland arbeiten mindestens 1,5 Millionen Menschen auf Abruf. Betroffen sind vor allem Beschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in der Verkehrsbranche. Firmen geben ihnen Arbeitsverträge mit sehr wenigen Stunden und ohne feste Arbeitszeiten. Mal arbeiten die Beschäftigten 40 Stunden im Monat, mal 160. Wenn der Betrieb es wünscht – auch sehr kurzfristig – müssen sie erscheinen. Die Beschäftigten können weder Einkommen noch Arbeitszeit planen und keinen weiteren Job annehmen. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Wochenstunden, die bezahlt werden.

Obergrenze für Managergehälter

In Portland (USA) wird für Unternehmen eine Strafsteuer erhoben, bei denen die Löhne der Beschäftigten und der Manager zu weit auseinanderklaffen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Einführung solcher Maßnahmen auch für deutsche Firmen zu prüfen. Im Programm zur Bundestagswahl fordert DIE LINKE eine Obergrenze für Managergehälter. Danach sollen die Einkünfte von Vorständen und anderen Führungskräften nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Betrieb betragen. Jahresgehälter über einer halben Million Euro sollen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. »Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen«, heißt es im Programm. Obergrenzen für Gehälter in Unternehmen sollen dazu beitragen, die Einkommen in der Gesellschaft gerechter zu verteilen.

DIE LINKE will

- den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben, ohne Ausnahme
- Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs in sichere Arbeitsplätze überführen
- Recht auf mindestens 22 Wochenstunden und Rückkehrrecht in Vollzeit statt unfreiwilliger Teilzeit
- Tarifverträge ausweiten und Allgemeinverbindlichkeit erleichtern.



Gegen Rassismus und rechte Gewalt

Die Zahl extrem rechter Straftaten ist im Jahr 2016 erneut angestiegen. Im Schnitt wurden bundesweit mehr als 60 Taten pro Tag registriert, ein Anstieg um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Dunkelziffer ist erheblich höher. Allein 3774 Fälle rassistisch motivierter Gewalt gegen Asylsuchende wurden dokumentiert. DIE LINKE kämpft gegen Rassismus und rechte Gewalt und für eine offene Gesellschaft. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat jede Verschärfung des Asylrechts abgelehnt. Menschen, die in ihren Ländern staatlicher oder nichtstaatlicher Verfolgung ausgesetzt sind, müssen politisches Asyl erhalten. Die Große Koalition aus SPD und Union hat zum Ende der Legislaturperiode das Asylrecht nochmals drastisch verschärft.



Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

Regenbogenfahne über Staatskanzlei

Zeichen der Solidarität an einem historischen Tag, an dem die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreicht wurde: Mit dem Hissen der Regenbogenfahne würdigte der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) die Einführung der Ehe für alle durch den Bundestag. Mit der Gesetzesänderung kehre endlich »staatliche Normalität« in die Gesellschaft ein, betonte er. Der Regierungschef lobte den parteiübergreifenden Beschluss und hofft, dass solche Entscheidungen auch in anderen menschenrechtlichen Fragen möglich sind, so in Fragen des humanitären Bleiberechts für Flüchtlinge.

Keine Angst vorm Absturz

DIE LINKE plant ein festes Netz von sozialen Sicherheiten ein



Zu viele Eltern können sich nicht einmal den Sportverein für ihre Kinder leisten.

Armut ist nicht naturgegeben. »Meine Vision ist eine Welt ohne Armut«, sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. »Und ich glaube daran, dass diese Welt möglich ist. Bereits jetzt gibt es einen immensen Reichtum.« **Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die halbe Welt.** Auch in Deutschland gehört den oberen 10 Prozent über die Hälfte des Vermögens. Im Gegensatz dazu verfügt die Hälfte der Menschen in diesem Land nur über 2,5 Prozent des Besitzes. Man muss kein Genie in Mathe sein, um zu erkennen, dass dieser Zustand zutiefst ungerecht ist. Diese Ungerechtigkeiten sind das Ergebnis einer Politik, die die Profite der wenigen über das Leben der vielen stellt. Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, das zeigt die Bilanz der

Regierung Merkel. Seit 2005 führt Angela Merkel die Regierung. Seitdem ist Reichtum immer ungleicher verteilt, und auch die Armutszahlen sind kontinuierlich gestiegen. Die Zahl der Menschen, die dauerhaft in Armut leben, hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Heute gilt hierzulande jedes fünfte Kind als arm. »Das bedeutet für viele: kein Urlaub, kein Sportverein, manchmal nicht mal genügend zu essen. Das alles in einem reichen Land wie Deutschland«, so Katja Kipping. Diese Entwicklungen sind auch eine Folge der Agenda 2010. Unter Rot-Grün beschlossen, hat sie Millionen Menschen in die

Abhängigkeit des Hartz-IV-Systems gedrängt. Katja Kipping: »Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt. Denn wer Angst hat, der oder die akzeptiert die nächste Lohnkürzung. Wer Angst hat, der oder die ist vielleicht weniger bereit zu teilen.« Katja Kipping weiß: Diese Entwicklung wirkt sich auf alle aus. Deswegen fällt der lange Schatten von Hartz IV auf die ganze Gesellschaft, sagt sie. **Unter der Regierung Merkel hat sich das Leben für viele verschlechtert.** Sie hat dieses Land zu einem Land der Millionäre und der Millionen in Armut gemacht. »Aber wir, wir wollen das ändern. Und keine andere

»Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt.«
*Katja Kipping,
Vorsitzende der LINKEN*

Partei hat hier so konkrete und so seriös durchgerechnete Vorschläge wie wir«, erklärt Kipping. DIE LINKE fordert, dass garantiert niemand in Deutschland in Armut fallen darf. Keiner soll im Bedarfsfall weniger als 1.050 Euro haben. Dafür stehen die solidarische Mindestrente und die sanktionsfreie Mindestsicherung. **DIE LINKE will das Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen. Dann soll es in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführt werden.** Für DIE LINKE ist klar: wer Armut entgegenzutreten will, muss auch das Öffentliche stärken. So steht DIE LINKE für günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für einkommensschwache Haushalte sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. DIE LINKE fordert gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule. Finanzieren lässt sich das, wenn die zur Kasse gebeten werden, die den Reichtum für sich allein beanspruchen, der im Grunde allen gehört. Katja Kipping: »So sieht Gerechtigkeit aus. DIE LINKE kämpft dafür, dass dieses Land gerechter wird. Helfen Sie – hilf du – dabei, dass sich das rumspricht. Denn: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.«

DIE LINKE will

- eine Mindestsicherung ohne Sanktionen von 1.050 Euro statt Hartz IV
- Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen und in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführen
- kostenfreies Essen in Schule und Kita, freie Fahrt für Kinder in Bus und Bahn.

Eine sozial gerechte Energiewende

Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit – weltweit

Die Klimakrise ist eine der zentralen Gerechtigkeitskrisen der heutigen Zeit. Es geht schon längst nicht mehr nur um Eisbären. Von den 17 Jahren dieses Jahrtausends zählen 16 zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Studien der UN belegen, dass bis zum Jahr 2050 geschätzte 200 Millionen Menschen auf der Welt vor den Folgen von Stürmen, Dürren oder Überschwemmungen flüchten werden. Daher ist der Ausstieg des US-Präsidenten Donald Trump aus dem Klimaschutz nicht nur eine Kriegserklärung an die Erde, sondern in der Konsequenz auch an die Lebensweise besonders der armen Menschen auf unserer Welt. Deutschland ist kein Klimaschutzweltmeister, sondern Weltmeister in Klimaheuchelei. Bundeskanzlerin Angela Merkel verfehlt die eigenen Klimaschutzziele deutlich. Sie torpediert alle Versuche, die deutsche Autoindustrie in der EU für ihre betrügerischen Abgasmanipulationen zu sanktionieren. Sie gibt

den Braunkohleleimern eine jahrzehntelange Verschmutzungsgarantie. Dabei sind es fossile Brennstoffe wie die Braunkohle, die den Klimawandel massiv vorantreiben. DIE LINKE will eine soziale Energiewende: **Statt großer Energiekonzerne wollen wir bürgernahe Energie in der öffentlichen Hand.** Wir werden die Strompreise stärker kontrollieren und für alle bezahlbar machen: mit Sozialtarifen für den Sockelverbrauch und höheren Preisen für Vielverbraucher. »Deswegen fragen wir von der LINKEN: Warum gibt es hierzulande noch kein ökologisch nachhaltiges Kohleausstiegsgesetz inklusive eines Strukturwandel-fonds zur sozialen Absicherung der im Braunkohletagebau Beschäftigten?«, so Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN. Neben Krieg und Verfolgung ist der Klimawandel eine der stärksten Fluchtursachen, vor allem in Teilen des afrikanischen Kontinents. Auch dieses Jahr wird die Anzahl ertrunkener Bootsflücht-

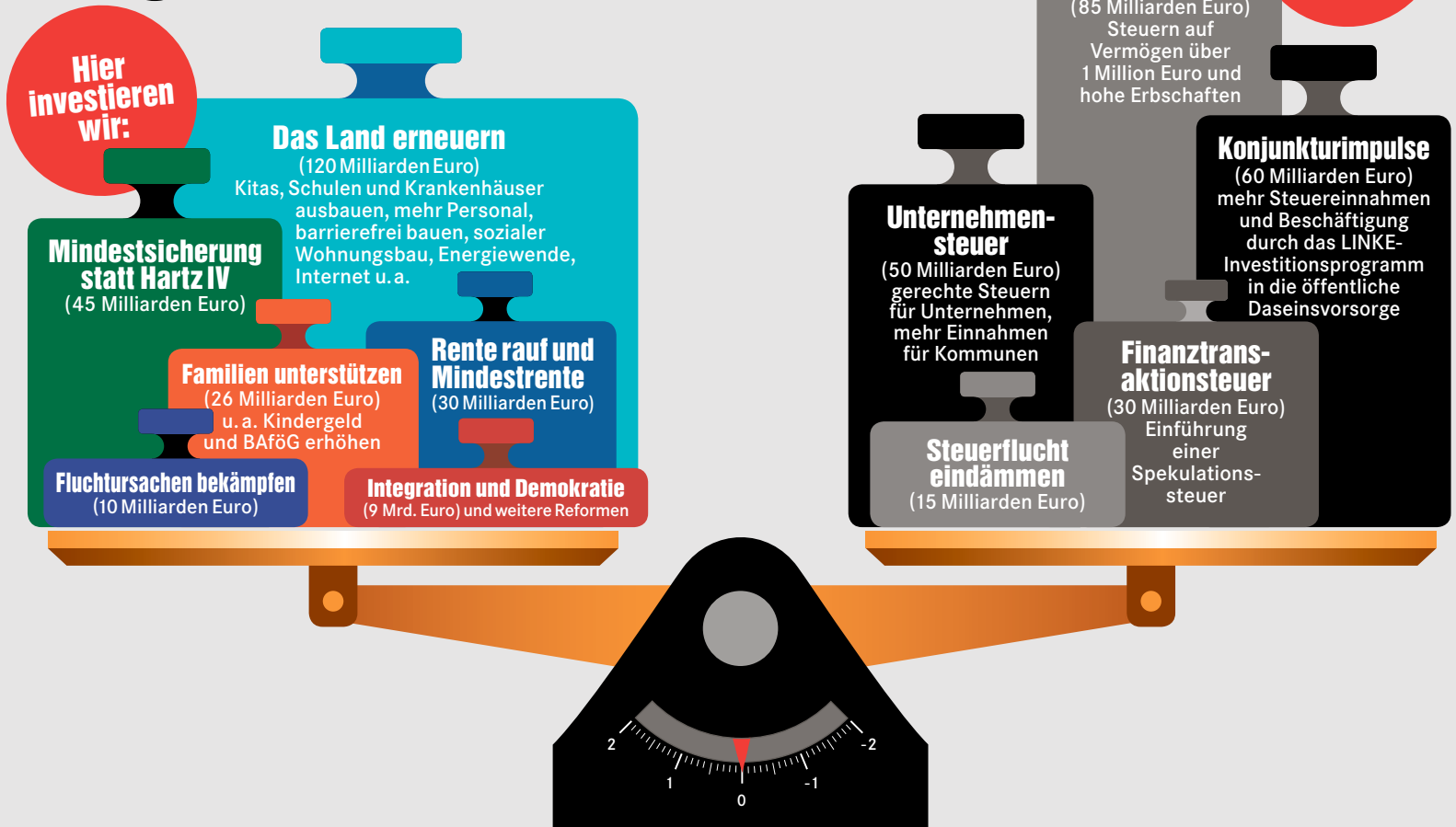
linge auf dem Mittelmeer dramatisch steigen. »Es gibt keinen wirksamen Klimaschutz ohne ein Mindestmaß an globaler Gerechtigkeit«, sagt Katja Kipping. »Nicht nur die Kriege in der Welt müssen enden. Wir brauchen faire globale Handelsbeziehungen.« Der Klimawandel macht an

keiner Grenze halt. Deswegen kann er auch nicht Land für Land eingedämmt werden. **Es gibt keinen Plan B für den Klimaschutz, weil es keinen Planeten B gibt.** Klimaschutz braucht ein wirkliches Umsteuern. Die Große Koalition ist dazu weder willens noch in der Lage.



Dürren und andere Naturkatastrophen sind häufige Fluchtursachen.

So finanzieren wir die gerechte Gesellschaft



Gerecht und gut für den Geldbeutel

Weniger Steuern auf kleine und mittlere Einkommen – mehr Steuern für die großen Fische

Die junge Ingenieurin, der selbstständige Web-Entwickler, die angestellte Lehrerin, der erfahrene Facharbeiter – sie alle verbindet, dass am Ende des Monats zu wenig Geld vom Einkommen übrig bleibt. Ein Grund: Sie werden durch die Einkommensteuer zu stark belastet. Die Mehrheit der Beschäftigten trägt den Großteil der Steuerlast. Gleichzeitig rechnen sich Superreiche und Konzerne bei den Steuern arm und nutzen jedes Schlupfloch mithilfe versierter Berater aus. Ihre Ein-

nahmen aus Kapitalanlagen werden zu einem niedrigen Satz von 25 Prozent versteuert (Abgeltungssteuer) und unterliegen nicht den ansteigenden Sätzen aus der Einkommensteuer.

DIE LINKE hat ein Steuerkonzept entwickelt, von dem die übergroße Mehrheit der Beschäftigten profitiert. Die Faustformel: **Wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient, wird entlastet.** Das gilt für Alleinstehende. Mit Kindern oder Unterhaltspflichten für andere ist die Entlastung höher. Für einen Angestellten mit einem monatlichen Bruttolohn von 1.700 Euro bedeutet das eine monatliche Entlastung von 127 Euro – auf das Jahr gerechnet entspricht das fast einem Monatslohn. Auch wer als Facharbeiterin ein gutes Einkommen bezieht, aber durch Kosten fürs Wohnen oder die Beiträge für den Kindergarten stark belastet ist, dem hilft unser Steuerkonzept. Bei 4.500 Euro Monateinkommen bleiben rund 210 Euro mehr im eigenen Portemonnaie. Jeden Monat. Bei Beschäftigten im Niedriglohnsektor reicht der Lohn kaum zum Leben. Es ist eine Frage der Menschenwürde, nicht noch das geringe Einkommen wegzubesteuern. Deshalb setzen wir den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro im Jahr hoch.

Die großen Entlastungen für die Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, sind möglich, weil DIE LINKE diejenigen stärker belastet, die reich und superreich sind und bislang vom Finanzamt bevorteilt wurden. Der

Spitzensteuersatz ist nach 1999 gesenkt worden – von damals 53 auf heute 42 Prozent.

DIE LINKE will das rückgängig machen. Und Einkünfte aus Aktienbesitz genauso besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Eigentum verpflichtet. Das Grund-

gesetz sieht eine Vermögenssteuer vor. 1995 hat das Bundesverfassungsgericht die damalige Form der Vermögenssteuer ausgesetzt. Der Grund war, dass Immobilienvermögen zu niedrig bewertet wurde. Der Auftrag lautete, diesen Fehler zu korrigieren. Das hat bislang jede Bundesregierung versäumt. Ohne Vermögenssteuer fehlen den Ländern die Mittel

für die notwendigen Investitionen in Schulen, für Kitausbau, Krankenhäuser und bezahlbare Wohnungen. Der Druck zu mehr Privatisierungen steigt. Das macht sich im Alltag von vielen Menschen bemerkbar, alles

wird teuer und funktioniert schlechter. DIE LINKE führt die Vermögenssteuer wieder ein: auf Vermögen oberhalb von 1 Million. Auch hohe Erbschaften sollen gerecht besteuert werden – ohne dass normales, selbstgenutztes Wohneigentum betroffen ist.

Gerechtigkeit ist auch eine Frage von Zahlen und von Steuern. **DIE LINKE schafft ein Steuersystem, das gerecht für alle ist:** das Entlastungen schafft für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, aber Reiche und Vermögende, Unternehmen und Konzerne wieder angemessen zur Kasse bittet. Ein Steuersystem der sozialen Gerechtigkeit!



Was bedeuten die Tarife der LINKEN für Ihre Einkommensteuer und die Sozialabgaben?

- Bis 1.400 Euro im Monat brutto (Single): **keine Steuer**
- 2.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.733 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 4.000 Euro im Monat brutto (Single): **2.265 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 6.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.567 Euro weniger Steuern im Jahr**
- Familie, zwei Kinder, 42.000 Euro brutto im Jahr: **5.039 Euro weniger Steuern und Sozialabgaben im Jahr, mit Kindergeld**



Egreif Partei für eine bessere Zukunft!
Ja, ich möchte aktiv werden.

Vorname

Name

E-Mail

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Ich bin bereits Mitglied der Partei DIE LINKE.

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Datum

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Einsenden/Kontakt:
DIE LINKE »Linksaktiv-Team«
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
linksaktiv@die-linke.de
Telefon: 030/24009-111
www.linksaktiv.de